

16. Sitzung des Bundesrates vom 27. Februar 1951.Vorsitz: Herr Bundespräsident von Steiger.Abwesend: HH. Kobelt, Nobs (dienstlich), Escher (krank).Schriftführer: HH. Oser und Weber.

Das Protokoll der 5. Sitzung vom 19. Januar 1951 wird genehmigt.

Beginn: 09.05 Uhr.Schluss: 11.15 Uhr.Volksabstimmung über die Autotransportordnung.

die Aussprache

Auf Antrag des Herrn Bundespräsidenten wird beschlossen,/
über die Abstimmung auf nächsten Freitag zu verschieben. Herr
Escher hofft, dann wieder anwesend sein zu können.

Rapport mit den schweiz. Gesandten in USA, Frankreich
und Grossbritannien.

Herr Petitpierre: teilt mit, dass er die drei Gesandten ⁱⁿ den
genannten Staaten zu einem Rapport zusammenberufen habe, um ver-
schiedene Probleme wirtschaftlicher und politischer Natur zu be-
sprechen. Es handelt sich um die Versorgung mit Rohstoffen, ins-
besondere den Beitritt zum internationalen Schwefelabkommen. Das
zweite wichtige Problem sind die Handelsbeziehungen mit den Ost-
staaten. Es ist eine Demarche angekündigt, doch handelt es sich
vorerst um offiziöse Sondierungen. Wir treten in eine schwierige
Periode ein und unsere Stellung wird schwieriger sein als im
letzten Kriege. Gestern sind die Minister von Polen und Ungarn
bei mir gewesen und haben ihr grosses Verständnis gezeigt für
die Schwierigkeiten der Schweiz. Sie haben gemeint, wir könnten
vielleicht gewisse Rohstoffe von der Sowjetunion erhalten. Die
Konferenz mit den drei Ministern wird morgen und übermorgen
stattfinden und wir werden dann dem Bundesrat unsere Anträge
unterbreiten.

Auf Begehren der Bundeshausjournalisten wurde am letzten
Freitag eine Pressekonferenz abgehalten unter Leitung von Herrn
Minister Zehnder.

Herr Etter: Die Orientierung von Herrn Minister Zehnder war
ein Meisterstück in ihrer Art. Immerhin frage ich mich, ob die
These, dass wir von den Amerikanern nicht unter Druck gesetzt
werden, auf die Länge aufrecht erhalten werden kann, denn nach
meiner Meinung werden wir sehr erheblich unter Druck gesetzt.
Wenn man bereits den Abnehmern von Waren derartige Einschrän-
kungen auferlegt, wieder mit schwarzen Listen beginnt u.s.w., so
ist das schon ein erheblicher Druck. Es fragt sich, ob die Posi-
tion unseres Landes stärker wird, wenn wir trotz dieser Erschei-
nungen die Thesen vertreten, dass wir nicht unter Druck gesetzt
werden.

Herr Bundespräsident: hatte von der Presseorientierung keine
näheren Kenntnisse. Er möchte den Parlamentariern, die ihn dar-
über interpellierten, ausweichend antworten.

Herr Petitpierre: Die Amerikaner wählen ein Vorgehen, das
wir nicht gewohnt sind. Sie machen zunächst inoffiziell darauf
aufmerksam, was sie für Absichten haben. Sie möchten wissen, was
man zu tun gedenke, um den Transitverkehr durch die Schweiz mit
Bezug auf strategisch wichtige Stoffe abzustellen. Wir stehen



also tatsächlich nicht unter einem Druck, sondern noch im Stadium von Verhandlungen. Vielleicht ist diese Demarche der Beginn einer Pression. Am Tage, wo sich dann eine wirkliche Pression bemerkbar macht, sollten wir dann unseren Standpunkt im Sinne der Ausführungen vom Herrn Etter geltend machen.

Herr Rubattel: Wenn keine offizielle Pression ausgeübt wird, so besteht doch ein Druck auf die einzelnen Abnehmer. Die Situation mit den Vereinigten Staaten kann sehr unangenehm werden.

Herr Bundespräsident: Bereits die Mitteilung der United Press stellt eine kleine Pression dar.

Herr Etter: Was mich beunruhigt ist, dass man bereits gewisse Firmen unter Druck setzt und mit schwarzen Listen auf den Plan tritt. Ich weiss nicht, ob diese amerikanische Politik in allen Teilen eine gute genannt werden kann.

Botschaftsentwurf betr. Beiträge ans internationale Rote Kreuz.

Auf Antrag von Herrn Etter wird ein Passus, wonach jede Familie den Text der Abkommen als Broschüre hätte erhalten sollen, etwas präziser formuliert.

Wahl der Landesmuseumskommission.

Herr Etter: Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass Herr Klöti beim Zürcher Stadtrat seine Demission als Präsident der Kommission eingereicht hat. Nun teilt mir der Stadtpräsident von Zürich mit, dass er Herrn Klöti bereits im letzten Sommer für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt habe und dass er Herrn Klöti nahe gelegt habe, auf die Demission zu verzichten. Der Bundesrat sollte von dieser Mitteilung Kenntnis nehmen und sich damit einverstanden erklären. Das Departement des Innern wird noch einen schriftlichen Antrag einreichen.

Lawinengeschädigte. Protokoll des Koordinationskomitees.

Es wird beschlossen, dass der Herr Bundespräsident diese Protokolle immer an Herrn Etter weiterleiten wird. Dem Bundesrat wird darüber Bericht erstattet, wenn es Mitteilungen enthält, die von allgemeinem Interesse sind.

Montgomery. Flug in einem schweiz. Militärflugzeug.

Herr Bundespräsident fragt an, ob es wohl richtig sei, dass Feldmarschall Montgomery in einem schweizerischen Militärflugzeug geflogen sei. Herr Petitpierre erklärt, dass er nichts davon gehört habe.

Sitzverlegung von Aktiengesellschaften im Kriegsfall.

Herr Bundespräsident: Man wollte diese Fragen zuerst verbinden mit der Frage der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern. Das war aus systematischen Gründen nicht möglich. Es stellt sich die Frage, welche Rechtsgrundlage für die Regelung dieser Angele-

genheit zu wählen sei. Es bleibt nur der dringliche Bundesbeschluss oder der ordentliche Bundesbeschluss übrig. Ich habe die Frage prüfen lassen. Soll ich die Unterlagen dem Politischen Departement zustellen?

Herr Petitpierre: Ich glaube, man müsste die Rechtsgrundlagen für eine solche Massnahme bald schaffen. Es fragt sich, ob man ein solches Problem vor den eidgenössischen Räten behandeln kann. Ich werde die Frage mit meinen Dienstchefs besprechen.

Herr Bundespräsident: Wenn wir nicht Vollmachten verlangen, kommen wir nicht darum herum, die Fragen vor den eidgenössischen Räten zu besprechen. Ich werde die Materialien auch Herrn Rubattel zur Verfügung stellen.

Herr Petitpierre: Wir waren mit dem Einbau in den Beschluss der Bundesversammlung über die Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern einverstanden gewesen. Wir haben darauf verzichtet. Unsere Verfassung ist sehr gut in ruhigen Zeiten. Wir sind vielleicht zu schnell vorgegangen mit dem Abbau der Vollmachten.

Herr Bundespräsident: Der erste Widerstand ist vom Finanz- und Zolldepartement aus gekommen, und zwar mit Recht. Es hätte auch nichts genützt, es im BB über die Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern zu verstecken. Damit hätten wir es nicht der Diskussion entziehen können. Es bleibt uns noch Art. 102 BV. Vielleicht kann man sich für die Frage der Sitzverlegung auf diesen Artikel stützen. Herr Petitpierre soll auch die Frage prüfen lassen, ob man sich nicht auf Art. 102 BV stützen könnte.

Sicherheitsmassnahmen. Inhaftnahme Gefährlicher.

Der Herr Bundespräsident orientiert über einen Bericht der Bundesanwaltschaft vom 26. Februar. Herr Bundesanwalt Lüthi hat am 21. Februar den Chef des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons Genf Herrn Staatsrat Duboule aufgesucht. An der Besprechung nahmen ferner teil, der Generalsekretär Herr Guillemet, die Mitarbeiter aus der Polizei (HH. Vibert und Knecht) und Herr Ritschard von der Bundespolizei. Auf Grund der geheimen Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes vom 12. Januar 1951 wurden behandelt die Inhaftnahme Gefährlicher, die Durchführung der Verhaftung, der vorläufige Aufenthalt, der Wegtransport und der definitive Verwahrsort. Die Verhaftung Gefährlicher durch die bürgerliche Polizei des Kantons Genf unter Beizug einer aus Angehörigen der Territorialtruppen bestehende "Compagnie de surveillance" ist gewährleistet. Die Liste wird in den nächsten Tagen bereinigt und abgeschlossen werden. Keine Klarheit besteht über den Abtransport aus dem Kanton Genf (Bahn? Autos? Schiffstransport?) und über den Bestimmungsort.

Als Rechtsgrundlage massgebend ist die Sicherheitsordnung vom 12. Januar 1951, mit der grundsätzlichen Zuständigkeitsordnung hinsichtlich der bürgerlichen Behörden in Art. 1 und hinsichtlich der Internierung durch Bundesratsbeschluss in Art. 12. Die bürgerlichen Behörden sind durch die Organe der Armee, besonders durch den Territorialdienst, zu unterstützen.

Auszuarbeiten ist ein Gesamtplan über die nach erfolgter Verhaftung notwendigen Durchführungsmassnahmen bis und mit der Bestimmung der Internierungsorte. Da hierfür eine Mitwirkung der Armee und ihres Territorialdienstes nötig ist, sollte der Terri-

torialdienst beauftragt werden, in Verbindung mit der Bundesanwaltschaft einen Gesamtplan beförderlichst aufzustellen, in welchem die verschiedenen Regionalverhältnisse zu berücksichtigen sind.

Versetzung von Herrn Minister Zehnder nach Stockholm.

Auf die Frage des Bundespräsidenten, ob Herr Minister Zehnder nach Stockholm komme, antwortet Herr Bundesrat Petitpierre, dass es sich hier um ein Missverständnis handle. Herr Minister Zehnder ist nur für einen vorübergehenden Aufenthalt nach Schweden eingeladen.

Rückkehr des Herrn Bundeskanzlers. :

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass der Herr Bundeskanzler am Freitag von seiner Reise nach Aegypten zurückkehren werde.

Uebergabe einer Bibel der Editions du Bibliophile SA.

Herr Bundespräsident: Die Editions du Bibliophile SA, Lausanne, haben dem Bundesrat eine in ihrer Art einzige illustrierte katholische Bibel geschenkt. Diese Bibel wird von einem französischen Verlag herausgegeben und ein Exemplar wird den verschiedenen Regierungsoberhäuptern dediziert.

Beschluss: Die Bundeskanzlei wird die prächtige Gabe verdanken, Das Departement des Innern wird dafür sorgen, dass die Bibel in die Bibelsammlung (vorher im Gutenbergmuseum) kommt.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Dept.

Agrément für einen neuen spanischen Gesandten.

Verleihung des Flaggenrechts an "RHONE".

Botschaft betr. Postulat Anderegg.

Convention addit. la Convention internationale des marchandises par chemin de fer (CIM).

Dept.d.Innern

BRB betr. Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Justiz & Polizeidept.

Zoologischer Garten Zürich. Verantwortlichkeitsklage gegen Prof. Flückiger.

Herr Petitpierre: Ich finde, dass unser System der Beamtenverantwortlichkeit nicht sehr glücklich ist. Der Antrag steht allerdings im Einklang mit unserem System, befriedigt mich aber nicht.

Herr Bundespräsident: Die Lösung des Verantwortlichkeitsgesetzes entspricht nicht mehr unserer heutigen Auffassung. Der Bundes-

rat bezieht in einer bestimmten Richtung Stellung und kann nachher durch das Gericht desavouiert werden. Nachdem jetzt die Materialien für eine Revision des Verantwortlichkeitsgesetzes zusammengestellt sind, habe ich Herrn Bundesrichter Hablützel angefragt, ob er die Erstellung eines Entwurfes für ein revidiertes Gesetz an Hand nehmen wolle. Sehr glanzvoll war das Hin und Her im Verhalten des Herrn Flückiger nicht. Er war etwas schwankend, aber es lag kein schuldhaftes Verhalten vor.

Kongress der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen.

Herr Petitpierre: Wenn der Kanton Zürich nicht schon zugestimmt hätte, hätte man wohl besser abgelehnt.

Herr Bundespräsident: Es ist etwas unangenehm gegenüber dem Kanton Zürich, hinten-drein ein Veto einzulegen. Wir würden dem Kanton Tessin und den andern Kantonen schreiben, sie möchten eine Bewilligung nicht erteilen.

Militärdept.

Neuwahl der Militärgerichte.

Volkswirtschaftsdept.

Festsetzung der Anbauprämien für Hafer, Gerste und Mais.

Herr Bundespräsident: Hier besteht bekanntlich eine Differenz zwischen dem Finanz- und Zolldepartement (Getreideverwaltung) und dem EVD. Das EVD sieht einen Betrag von 11 Mio. Fr. vor, das Finanz- und Zolldept. 8,5 Mio. Fr. Für das Jahr 1951 soll nach Vorschlag des FuZ die neue Prämie auf 150 Fr. je ha herabgesetzt werden. EVD beharrt auf 200 Fr., weil es der Auffassung ist, dass ein niedrigerer Betrag keinen Anreiz mehr bedeuten würde.

Herr Rubattel: Die Zahlen des FuZ und des EVD weichen mit Bezug auf die Anbaufläche für Futtergetreide und für Brotgetreide, sowie mit Bezug auf den Ertrag pro ha voneinander ab. Der Zweck der Anbauprämie ist ein Ausgleich zu schaffen zwischen den Importpreisen und den ~~Ge~~stehungskosten. Diese Preisdifferenz wird vom FuZ auf Fr. 5.- geschätzt, während das EVD eine Differenz von Fr. 8.- errechnet hat. Mit den Ziffern des EVD erscheint eine Prämie von 200 Fr. als normal.

Unser Hauptargument ist, wir müssen alle Massnahmen treffen, die zu einer Einschränkung der Milchproduktion führen können und eine Ausdehnung des Ackerbaues bewirken. Mit den Ansätzen des FuZ können wir dieses Ziel nicht erreichen.

Herr Petitpierre: Ich vertrete hier die Auffassung von Herrn Nobs, der mich gebeten hat, den Standpunkt des FuZ darzulegen. Das FuZ hat drei Gründe ins Feld zu führen für seinen Standpunkt.

1. Die Situation hat sich seit dem letzten Herbst stark verändert. Die Preise der Futtermittel sind inzwischen hinauf gegangen. Nachdem der Zweck der Prämie der ist, eine Relation herzustellen zwischen dem Preis der eingeführten Futtermittel und dem Gestehungspreisen des einheimischen Produktes glaubt man, dass 150 Fr. als Aufmunterungsprämie genügen. Die Getreideverwaltung steht auf dem gleichen Boden.

2. Wenn die Prämie auf 200 Fr. erhöht wird, dann ist es rentabler, Futtergetreide zu erzeugen als Brotgetreide. Das hat zur Folge, dass man auch die Prämie von Brotgetreide erhöhen muss.

3. Die Mittel des Fonds werden in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Der Fonds wird wieder geäufnet werden müssen. Deshalb sollte man eher zurückhaltend sein in der Festsetzung der Höhe der Prämie. Das Finanz- und Zolldepartement beantragt daher, die Prämie auf 150 Fr. festzusetzen.

Herr Bundespräsident: Ich stimme dem Antrag des EVD zu. Wenn auch die Preise gestiegen sind, so würden doch die 150 Fr. nicht den Effekt auslösen, von dem das FuZ spricht.

Herr Rubattel: Man fürchtet auf der Getreideverwaltung ein Zurückgehen des Brotgetreides gegenüber dem Futtergetreide. Der Preis des Brotgetreides ist von der Eidgenossenschaft garantiert. Für das Futtergetreide ist die Situation ganz anders. Hier garantieren wir nichts, wir sichern nur eine Prämie für den Anbau zu.

Getreidevorräte.

Herr Rubattel: Bis im Monat Juni werden die Getreidevorräte allmählich zurückgehen, wenn nicht Getreide zugekauft wird. Wir können nicht zusehen, wie unsere Vorräte bis auf 20 000 Waggons zurückgehen. Wir sollten die Vorräte auf der Höhe von 40 000 Waggons halten. Wegen des Produktionsrückganges an Getreide sind die Preise gestiegen. Es gilt somit zunächst ein finanzielles Problem zu lösen, nämlich die Erhöhung des Defizites der Getreideverwaltung. Das zweite Problem ist die Unterbringung der eigenen Ernte, wenn alle Silos gefüllt bleiben.

Herr Etter: Die Auffassung ist richtig, wir können nicht vorsichtig genug sein in dieser Richtung.

Viehversicherung. Bundesbeitrag.

Internationales Abkommen über die soziale Sicherheit der Rheinschiffer!

Commission mixte franco-suisse.

Post & Eisenbahndept.

Fernsehen. Bericht der Kommission für Fernsehen.

Herr Rubattel: Wir sollten uns einmal über die Rolle des Fernsehens aussprechen und die beiden Probleme "Radio" und "Fernsehen" zusammen behandeln.

Herr Etter: Wir werden uns mit dem Fernsehen befassen müssen. Von der Filmwirtschaft aus wird dem Fernsehen eine leidenschaftliche Opposition gemacht werden. Die Filmwirtschaft wird jeden Film boykottieren, der für das Fernsehen zur Verfügung gestellt wird. Auch die schweizerische Filmwochenchau wurde angefragt, ob sie Filme für das Fernsehen zur Verfügung stellen würde.

Kleine Anfrage Kästli.

16e séance du 27 février 1951 à 9 h.

54

Présidence : M. de Steiger.
Absents : MM. Kobelt, Escher, Nobs.
Secrétaires : MM. Leimgruber, Oser.

double (v. p. précédentes)

Ravitaillement. Relations avec USA.

M. Petitpierre : J'ai fait venir nos trois ministres pour conférer. Il y a aussi le problème de nos relations commerciales avec l'est. Des entreprises suisses se voient refuser contingents à cause de leurs relations avec l'est. Le CF devra statuer sur des propositions conjointes des deux départements intéressés. Entrons dans une période difficile, plus difficile que 1939 - 1945. J'ai dû faire organiser conférence de presse vendredi.

M. Etter : Je me demande combien de temps on pourra encore soutenir que nous ne sommes pas sous pression. Quelles suggestions concernant cessation relations avec est ? Quelles listes noires ? Ne risquons-nous pas de rendre les alliés toujours plus exigeants.

M. de Steiger : Bringolf m'a questionné. J'ai répondu de bonne fois que je savais rien d'une démarche officielle. Quelles sont les démarches ?

M. Petitpierre : USA nous parlent informellement de leurs vœux, puis prennent décisions unilatérales si leurs vœux ne sont pas exaucés. Il n'y a pas encore pression USA. Il s'agit encore de négociations. Quand il y aura pression, il faudra le reconnaître. Pas avant.

M. Rubattel : Il y a pression pour les tôles dynamos. Pas impossible que notre situation vis-à-vis de l'est soit facilitée par certaines impossibilités dans lesquelles se trouvent les pays de l'est.

Musée national.

M. Etter : Klöti a démissionné de la commission, comme représentant de Zurich. Le Stadtrat voudrait qu'il reste, ayant été confirmé pour 4 ans. Prendre acte et nous déclarer d'accord. Proposition suivra.

Avalanches.

M. de Steiger : Je transmets à M. Etter les procès-verbaux du comité. Il signalera si quelque chose ne va pas.

Céréales panifiables.

M. Rubattel : Pour maintenir les stocks à un niveau convenable, il faudrait acheter à bref délai 9 chargements de bateaux. Or les prix ont haussé considérablement, lorsqu'ils ne sont pas régis par l'accord international sur le blé. Savoir si nous pouvons attendre la nouvelle cote (septembre) ou s'il faut agir immédiatement par achats sur le marché libre, avec supplément de dépense par 10 à 12 millions. Attente serait avantageuse, mais nous ne pouvons pas risquer diminution considérable de nos stocks. Il y a aussi la question du logement des stocks. Faut-il maintenir la réserve de 40 mille wagons, étant entendu que l'administration des blés s'entendra avec Finances.

MM. Etter, Petitpierre, de Steiger : Prudence s'impose. Maintenir une réserve.

Siège des sociétés.

M. de Steiger : On nous demande de prendre des mesures pour le cas de guerre. Il avait été question d'incorporer les dispositions au projet de révision loi approvisionnement pays en marchandises. Cette fusion me paraît pas indiquée. Finances et Politique sont du même avis. J'ai fait examiner si on pourrait faire les préparatifs sans base légale. Ça ne va pas. Il faut donc aller devant les conseils en proposant un arrêté urgent ou ordinaire.

M. Petitpierre : Agir rapidement. Pas possible de discuter un tel problème devant les chambres. Je dois revoir l'affaire avec collaborateurs.

M. de Steiger : Je remettrai documentation à M. Petitpierre question de nouveaux pouvoirs extraordinaires se posera un jour. En attendant inévitable de passer par les chambres.

M. Rubattel : Je constate que M. de Steiger est opposé à incorporation des dispositions dans la loi ravitaillement. Désagréable de devoir discuter certains projets avec Duttweiler et consorts. Envisager éventualité de pouvoirs spéciaux.

M. Petitpierre : Mon département aurait été d'accord d'introduire dispositions dans la loi ravitaillement. Avons un régime peu adapté aux circonstances actuelles. Nous nous sommes déssaisis trop tôt de nos pouvoirs extraordinaires. Je ne vois pas la solution.

M. de Steiger : La première opposition contre fusion vient des Finances. Elle est justifiée. Fusion n'empêcherait pas discussion. Appliquer article 102 Cst ? TF est d'avis qu'il ne peut s'agir que de mesures temporaires. Avons pris sur cette base une série de mesures pour la protection de l'Etat.

Ordre public.

M. de Steiger : J'ai chargé MP de traiter avec Genève question mesures à prendre contre 5e colonne en cas de mobilisation. Que faire des gens arrêtés ? Question à voir.

Décisions prises sur la base de propositions écrites.

Politique Message Croix-Rouge.
 Droit au pavillon. Navire Rhône.
 Agrément Ministre d'Espagne.
 Convention chemins de fer.
 Commission mixte franco+suisse.

Intérieur Denrées alimentaires. Ordonnance.

Justice et Police Plainte en responsabilité contre Flückiger.

M. Petitpierre : Un peu choqué, voir CF empêcher une action en responsabilité. Système pas très satisfaisant.

M. de Steiger : Procédure pas adaptée aux circonstances présentes. Procédure préparatoire parfois inutile. Avons demandé à Hablützel s'il est prêt à reviser la loi.
 Congrès juristesdémotratiques.

Militaire Tribunaux militaires.

Economie publique Bateliers du Rhin.

Primes de culture.
M. Rubattel réfute arguments Finances.

M. Etter : Je partage avis DEP.

M. Petitpierre : M. Nobs m'a recommandé défendre proposition Finances, qui allèguent que situation a beaucoup changé depuis automne 1949. Ne puis pas me prononcer sur divergences quant aux prix et chiffres. Recommande proposition Finances.

M. de Steiger : Je suis pour DEP.

Question Kästli.

Télévision.

M. de Steiger : Admettre que dépenses dépassant 400 mille fr. doivent faire l'objet d'un AFP, bien que Cst ne le prescrive pas.

M. Rubattel ; Discuter préalablement problèmes généraux télévision.

M. Etter : Département finances pas toujours logique pour crédits à soumettre ou pas soumettre aux chambres. Cinéma opposé à télévision. Faudra concilier les 2 choses.